

Berliner Tageblatt

Nr. 521

und Handels-Zeitung

Donnerstag, 3. November 1927

Zust. und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Reparationsfragen vor dem Kabinett.

Heute Abschluß der Beratung.

Das Reichskabinett wird am heutigen Nachmittag die Beratung der Reparationsprobleme zu Ende führen. Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ behauptet, daß der Reichsaussenminister den Widerstand des Reparationskommissionen eine Veröffentlichung seines Memorandums persönlich gebrochen habe, indem er ihm zu verstehen gegeben habe, daß sich die deutsche Regierung auch ohne seine Ermächtigung beschließen könnte. Die böse Tendenz dieser Meldung ist offensichtlich, daß sie kein Dementi hat. Herr Gilbert hat seine Zustimmung zur Veröffentlichung des ursprünglichen Textes für die Öffentlichkeit bestimmten Memorandums desobediens gegeben, weil jeder falschen Meldung Lüge und Lüge offen stand, jedoch einmal durch eine Indiskretion der Existenz des Memorandums verrietet war.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat sich heute um 11 Uhr mittags auf morgen vormittag verlagert, da heute mittags in einer zwanglosen Besprechung Vertreter sämtlicher Familienorganisationen gehört werden sollen. Es handelt sich um eine neue Einrichtung, und um keinen Preisbezug zu schaffen, hat man von einer formellen Sitzung abgesehen. Die Mitglieder des Haushaltsausschusses werden sich aber heute nachmittag um 2 Uhr wieder versammeln, um die Wünsche der Beamtenorganisationen zu hören. Es handelt sich um vierzehn Organisationen. Für jede Organisation ist eine Redezeit von Minuten in Aussicht genommen, so daß sich die Besprechung wohl in die späten Abendstunden hinziehen dürfte. Bei der allgemeinen Besprechung der Vorlage in der Vormittagsung des Haushaltsausschusses ist man noch um keinen wesentlichen Schritt weitergekommen. Man hat sehr lange Geschäftsordnungsdebatten geführt und dann die Referate der beiden Richterhalter, des sozialdemokratischen Abg. Steinbock und Abgeordneten Dauer von der Bayerischen Volkspartei entgegengenommen. In parlamentarischen Kreisen erklärt man, es lasse sich noch nicht absehen, ob und wann die Verhandlungen des Ausschusses erfolgreich abgeschlossen werden können, zumal die der Spezialkommission im Haushaltsausschuß noch einmal ein Sonderauschuß eingesetzt werden soll, der die Einzelpositionen beraten soll. Dazu kommt noch, daß die Meinungsverschiedenheiten über den Charakter der Beamtenförmungsvorlage innerhalb der Regierungsparteien noch

wie vor sehr groß sind. Der Abgeordnete Schulz von der Deutschen Volkspartei, der zu gleicher Zeit Vorsitzender des Reichsbundes der höheren Beamten ist, setzt sich mit großer Energie für eine Erhöhung der für die höheren Stellen vorgesehenen Bezüge ein. Damit stößt er innerhalb der Regierungsparteien auf besonders starken Widerstand bei der Bayerischen Volkspartei, deren Vorsitzender, Abgeordneter Leicht, sich in fester Bamberger Rede mit großer Entschiedenheit gegen eine weitere Erhöhung der höheren Beamten gewandt hat. Auch im Zentrum trägt man starke Bedenken, dem Wunsch des Abgeordneten Schulz und seiner Organisation Rechnung zu tragen. Hingegen scheint es, daß man auf Seiten der Deutschnationalen geneigter ist, hier entgegenkommen zu zeigen. Jedenfalls ist vorläufig noch nicht abzusehen, wann die Regierungsparteien erst einmal unter sich eine Einigung erzielen werden.

Der Abgeordnete Eisenberger vom Bayerischen Bauernbund hat heute im Ausschuß den Antrag eingebracht, die Beamtenförmungsvorlage zurückzuziehen und nur die Gehälter der unteren Beamtengruppen zu erhöhen.

Um den Keudellischen Schulentwurf.

Die zwiespältige Haltung des Zentrums.

Im Bildungsausschuß des Reichstags erklärte heute der sozialdemokratische Abgeordnete Schred, daß der Keudellische Schulentwurf jetzt im Lager der Regierungsparteien die stärksten Zerkleinerungen erregt habe. Er erinnerte daran, daß die Deutsche Volkspartei schon früher einem Gesetz auf ganz anderer Grundlage habe zustimmen wollen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Schulz wies darauf hin, daß der Entwurf von 1921 die Verfassungsbestimmungen genau berücksichtigt habe, und daß dieser Entwurf den Satz enthalten habe, „die Volksschulen sind Gemeindegemeinschaften“; für alle anderen Schulen war das Antragsverfahren vorgesehen, und zwar von dem Kabinett festzulegen, dem die Sozialdemokratie nicht angehört habe. Gegen diese Regelung in dem Entwurf des Kabinetts Schredbach sei damals von Zentrum kein Widerspruch erhoben worden. Man müsse also feststellen, daß der jetzige Entwurf und die jetzige Haltung des Zentrums in größtem Widerspruch zu dem Entwurf von 1921 und der damaligen Stellung des Zentrums ständen.

Der Wahlkampf in Danzig.

Von unserem Korrespondenten

Dr. B. Herrmann.

Danzig, Ende Oktober.

Am 13. November soll in der freien Stadt Danzig die Neuwahl des Volkstages stattfinden. Zum dritten Male seit der Ausrufung vom Deutschen Reich werden die Wähler berufen, durch die Ausübung ihres wichtigsten Staatsbürgerrechtes die Entscheidung über die politischen Wege zu fällen, die ihr kleines Staatsgebilde in den nächsten vier Jahren wandeln soll. Denn wie nach der deutschen, so geht auch nach der Danziger Verfassung alle Staatsgewalt vom Volke aus, und das freieste Wahlrecht, das die Gegenwart kennt, gibt jedem wahlmündigen Staatsbürger das Recht, an seinem Teil den Begriff der Volkssouveränität verwirklichen zu helfen. Aber leider ist die Art, in der hier von diesem freiesten Wahlrecht Gebrauch gemacht wird, überaus unerfreulich.

Mit Recht wird wohl in dem großen Deutschland über Parteienzerrüttung geklagt. In einem kleinen Bundesstaat wie Danzig, sollte man meinen, wäre eine solche erst recht nicht angebracht, und in so engem Raum müßte doch Vertraulichkeit und Harmonie eher zu erzielen sein. Wirklichkeit! In den Umrisfen, in denen sich bisher die allgemah in Lauf gefommene Wahlbewegung abzeichnet, stellt sich als erstes Merkmal eine Zerspaltung heraus, die größer als je vorher war. Gefördert wird eine solche Zerspaltung durch das Wahlgesetz, das schon einer winzigen Zahl von fünfzig Wählern die Möglichkeit gibt, eine eigene Liste einzubringen. Nun hatte man vor kurzem der Senat hiergegen Abhilfe zu schaffen verübt durch eine Vorlage, wonach die Listen der bisherigen Parteienplatt und etwa ausstehender neuer Parteien nur der Unterscheidung mit 1500 Wählernamen und einer Stellung von 3000 Gulden Kaution zugelassen werden sollten. In erster Lesung sprachen sich auch alle größeren Fraktionen von rechts bis links für diesen gelungenen Vorschlag aus. Trotzdem wurde er im weiteren Verlauf abgelehnt, weil zwischen den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten wegen einer Kleinigkeit ein unüberbrückbarer Gegenstand entstanden war. Und nun ist gekommen, was zu befürchten war, — ein weiteres schier unübersehbares Entzweiungswort überhand Neubildungen teils einzelner Interessengruppen und Gruppen sowie streberischer Einzelpersonen.

Am stärksten hat unter dieser Zerfaserung die Mitte zu leiden, was um so bedauerlicher ist, als gerade ein Staatsweber von der Eigenart Danzigs zu seinem Gedeihen eine starke Mitte erfordert, um ein Gegengewicht zu bilden gegen ein zu starkes, hier besonders gefährliches Ausschlagen des Pendels nach rechts oder links. Zu den bisherigen Absonderungen von der alten liberalen Mitte, der „Deutschnationalen Volkspartei“, die ursprünglich als innerlich zugehörig zur Volkspartei in Deutschland aufgezogen, nach Lösung dieser Fiktion sich zu einer reinen, einseitigen Hausbesitzervertretung gestaltet hat, und weiter der „Bürgerlichen Arbeitergemeinschaft“, begründet von einer Reihe aus der deutschliberalen Fraktion ausgewandener Beamter, ist jetzt eine weitere Sonderbildung erfolgt in Gestalt einer „Nationalliberalen Bürgerpartei“. Auch sie besteht, abgesehen von einer Anzahl sonst rechts gerichteter, aber mit der deutschnationaler Politik unzufriedener Elemente, größtenteils aus Leuten, die sich bisher den Liberalen zurechneten, es aber der deutschliberalen Fraktion schwer verdacht haben, daß sie vor zwei Jahren nach dem mutwilligen Austritt der Deutschnationalen aus dem Senat aus zwingender Staatsnotwendigkeit heraus einmal mit der Sozialdemokratie eine Regierungskoalition einging, und die auch dann zu großer Fortführung, als diese Koalition längst wieder vorüber war. Aber sie fürchten, eine solche Koalition könnte wiederkehren, da die Deutschnationalen es natürlich ablehnen, dagegen einen prinzipiell gequenen Standpunkt einzunehmen. Die „Nationalliberalen Bürgerpartei“ — schon die zweite Hälfte dieses Namens soll in dieser Hinsicht bezeichnend sein — hat denn auch in ihren bisherigen Verfassungen, in deren einer als Mitglied der Volkspartei in Deutschland der Staatssekretär a. D. Kempfers sprach, entschieden betont, daß sie nie und nimmer und unter keinen Umständen mit den Sozialdemokraten zu regieren gedente. Die Ausschichten der neuen Partei, deren treibende Kräfte gütenteils unter den auch bisher schon stark rechts gerichteten Elementen der Handelskammer zu finden sind — der Handelskammerpräsident selbst ist Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei —, sind schwer zu berechnen. Sie selbst tritt sehr zuversichtlich auf, und eins ist richtig: an Mitteln fehlt es ihr nicht. Ob freilich den allerdings ziemlich zahlreichen Offizieren auch entsprechend viele Soldaten folgen werden, dürfte dahinstehen. Die alte Deutschliberale Partei jedenfalls, die es nicht an dem guten Willen hat fehlen lassen, alles, was irgend liberal ist, unter Anwendung größter Toleranz zusammenzufassen, hat sich durch all diese Vorgänge, so beklagenswert sie sind, nicht entmutigen lassen und geht getropft und zuberichtlich der Mühsal des Wahlkampfes entgegen.

Aber nicht nur in der Mitte, sondern auch auf anderen Stellen bis weit nach rechts und links treten Zerspaltungen und Unterteilungen auf. Nur der Zentrumsumarm steht, wie sprichwörtlich geworden, fest. Auch unter den Sozialdemokraten herrscht Disziplin und Geschlossenheit, und ihnen blühen — nach den Vorgängen von Hamburg und Königsberg — vielleicht die günstigen Chancen. Die äußerste Linke dagegen, die Kommunisten, ohnehin schon lange wie in Deutschland durch Austritt aus der Fraktion oder Ausschluß zerissen, treten

Beginn des Attentatsprozesses in Athen.

Verhaftung kommunistischer Studenten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

II. Belgrad, 3. November.

Die griechische Justiz arbeitet, wie immer, auch im Fall des neuen Attentats auf Konstantin mit höchster Geschwindigkeit. Sonntag wurde der Anschlag verübt, gestern, Mittwoch, begann bereits der Prozess gegen den Attentäter Goujos. Dieser sagte, wie aus dem Gemeldeten wird, aus, er sei nach Athen gekommen, um sich von dem Leiden heilen zu lassen, nicht aber zur Ausführung eines Attentats. Er habe in einer Art bewußtlosem Zustand bei den Staatspräsidenten geschlafen, ohne ihn töten zu wollen. Seine Tat sei als Folge einer Art Nerven-erkrankung infolge Krankheit aufzufassen. Die Untersuchung führte übrigens zur Verhaftung eines Athener Studenten namens Balagos, der der Mittäterschaft beschuldigt ist. Die Regierung ist aber der Auffassung, daß das Attentat nicht seitens der kommunistischen Partei organisiert wurde, wenn sie auch nicht verkennt, daß die kommunistischen Ideen oft bei den intellektuellen Wurzel geschlagen haben. Eine besondere Konferenz, die der Justizminister einberufen hat, beschäftigt sich übrigens mit der Frage, wie der Kommunismus wieder aus der Univerfität zu verdrängen sei. Es wurden etw. nämlich gewisse Schriften gefunden, die gesetzt haben, daß viele Studenten bereits infiziert sind. Die Konferenz soll den Ausschluß kommunistischer Studenten von der Univerfität beschließen haben. Es wurden auch einige Studenten verhaftet.

Die Wahlerfolge der Labour Party.

16 Industriestädte mit Arbeitermehrheit.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

O London, 3. November.

Während die konservative und liberale Presse bisher nur von etwa 100 Sitzen zu berichten weiß, die die Arbeiterpartei bei den Laborerordnetenwahlen hinzugewonnen hat, stellt der politische Korrespondent des „Daily Herald“ fest, daß die Arbeiterpartei im ganzen 128 Sitze erobert hat, also ihren Sieg vom Vorjahr, wo es ihr gelang, 145 Sitze zu gewinnen, wiederholen konnte. Auch Birkenhead, der Vorhafen von Liverpool, Barnsley, Leigh und Mansfield weisen neben den bereits vorher genannten Städten jetzt eine Arbeitermehrheit auf. Auch die Arbeiterpartei werden also im nächsten Jahre die Stadtverwaltungen von sechzehn wichtigen englischen Industriestädten kontrolliert werden. Die vielfach erwarteten Erfolge der Liberalen sind ausgeblieben. Andererseits ist es den Liberalen aber gelungen, ihre Verluste an die Arbeiterpartei durch Gewinne von den Konservativen nahezu auszu-

gleichen. Von den achtunddreißig Sitzen, die sie abgeben mußten, haben sie fünfundzwanzig neu hinzugewonnen. — Wenn man das Ergebnis der englischen Stadtverordnetenwahlen als Barometer für die Ausschichten der politischen Parteien bei den Neuwahlen zum Parlament benutzen will, so kann man feststellen, daß die Wähler erneut dem Beweis gebracht haben, daß sich das englische Volk von den Konservativen abwendet, während andererseits die liberale Wiederbelebung noch nicht die Fortschritte gemacht hat, wie man vielfach hier und auch in Deutschland angenommen hatte. Die Parlamentswahlen, die frühestens in einem Jahre, wahrscheinlich aber noch später, stattfinden werden, da die Konservativen so lange wie möglich von ihrer Machtstellung Gebrauch machen werden, liegen aber noch so fern, daß sich bis dahin noch vieles gründlich ändern kann.

Die Waffenstillstandsfeier in Amerika.

Eine Proklamation des Präsidenten Coolidge.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

Washington, 3. November.

Präsident Coolidge hat ebenso wie im Vorjahre eine Proklamation zur Feier des Waffenstillstandestages am 11. November erlassen, in der alle Behörden aufgefordert werden, zu flaggen, um dadurch „unserer Dankbarkeit darüber Ausdruck zu verleihen, daß Frieden herrscht, und um unseren aufrichtigen Wunsch zu bekunden, daß die freundschaftlichen Beziehungen zu allen anderen Völkern andauern mögen“. Der Präsident empfiehlt Gedenktage „zur Förderung dauernden Friedens durch Pflege des Wohlwollens und der freundschaftlichen Beziehungen unter den Nationen“.

Die neue französische Note zum Tarifstreit ist heute im Staatsdepartement eingetroffen. Dadurch ihr Wortlaut noch nicht veröffentlicht wurde, verlautet doch schon, daß die französische Antwort nicht befriedigend sei. Frankreich soll die amerikanische Forderung nach voller Meitbegünstigung nicht erfüllt haben, so daß mit einer Fortsetzung des Notenwechsels zu rechnen ist.

Der neue Botschafter in Washington.

Das Agreement für Dr. v. Preitwyh und Gaffron nachgefragt.

Im Anschluß an unsere Meldungen im heutigen Morgenblatt sei mitgeteilt, daß das Agreement für den als Botschafter in Washington in Aussicht genommenen bisherigen Volkspartei in Rom Dr. v. Preitwyh und Gaffron bereits in Washington nachgefragt wurde ist. Das Telegramm, in dem die entsprechende Anfrage formuliert ist, ist gestern abend nach Washington abgegangen. Es ist anzunehmen, daß die Antwort der amerikanischen Regierung in kürzester Frist hier eintreffen wird.